

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER

Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Sozialpolitik

TOP 33

Torsten Geerds:

Von der Versorgungsmentalität zur Verantwortungsmentalität

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt den wichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Beitrag, den junge Männer im Grundwehrdienst und Zivildienst, aber natürlich junge Menschen überhaupt, im Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahr für unseren Staat und unsere Gesellschaft ganz selbstverständlich leisten.

Unter keinen Umständen darf aber der Dienst der Zivildienstleistenden unterschätzt werden. Gerade in der Begleitung von Menschen mit Behinderung sind Zivildienstleistende in unserer Gesellschaft zu einem nahezu unverzichtbaren Bestandteil geworden.

In Krankenhäusern, Pflegeheimen und in ambulanten sozialen Diensten entlasten Zivildienstleistende das hauptamtliche Fachpersonal erheblich.

In mehr als vier Jahrzehnten hat sich der Zivildienst zu einer festen Säule in unserem sozialen System entwickelt. Zugleich ist er „wie der Grundwehrdienst“ Teil des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft.

Angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland müssen alle Anstrengungen unternommen und alle Möglichkeiten ergriffen werden, um bürgerschaftliches Engagement stärker als bisher einzuüben, zu entwickeln und zu fördern.

Wir sind uns völlig einig, dass auch in dieser Debatte zunächst einmal ein Dank sowie ein Wort der Anerkennung und des Respekts an all diejenigen, die sich in diesem Land als Freiwillige ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagieren, gerichtet werden muss.

Diese Männer und Frauen leisten einen wichtigen Beitrag zum Gelingen unseres Gemeinwesens, und zwar nicht so sehr deswegen, weil das was sie tun, ansonsten durch die öffentliche Hand finanziert werden müsste – das ist nicht der wesentliche Punkt -, und auch nicht nur deswegen, weil das, was sie in freiwilliger Tätigkeit ausüben, möglicherweise eine Ergänzung oder Fortbildung dessen sein kann, was

sie beruflich tun oder zu tun gedenken. Das, was diese jungen Menschen ehrenamtlich und freiwillig tun, ist ein ganz wesentliches Moment für das Gelingen dieser Gesellschaft. Es fördert den Gedanken, dass jeder für den anderen und jeder für andere etwas tun muss.

Wir teilen den Ansatz, den Sie in Ihrem Antrag formulieren, Freiwilligendienste generationsübergreifend zu organisieren, ausdrücklich. Gestatten Sie mir allerdings, dass ich auch einige kritische Bemerkungen zu diesem Antrag formuliere. Es wäre hilfreich, wenn Sie allein um dem Verdacht zu entgehen, die Freiwilligendienste als einen Ersatz des Wehrdienstes und des Zivildienstes zu positionieren, vorab klären würden, wie die Koalition zu dieser Frage steht. Wir haben von dieser Stelle aus immer kritisiert, dass sich Rot und Grün in dieser Frage nicht einig sind.

Ich bin der Auffassung, wir tun gut daran, den Antrag zum Anlass zu nehmen, in der Ausschussberatung das Thema Freiwilligendienste noch etwas umfassender in den Blick zu nehmen, als das Gegenstand des Antrages ist.

Wir brauchen klare Regelungen was die Freiwilligendienste im Ausland betrifft. Es gibt das Problem, der sozialen Absicherung. Außerdem ist die Definition eines Arbeitnehmerstatus in einigen Ländern, in die wir Freiwillige entsenden wollen, ungeklärt.

Wir brauchen den Aufbau eines generationenübergreifenden Freiwilligendienstes, der neben das bestehende bürgerschaftliche Engagement, neben Zivildienst, Grundwehrdienst und Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr tritt.

Nur so kann die soziale Kultur unseres Landes stabilisiert und weiterentwickelt werden. Nur so können die Herausforderungen des demographischen Wandels bestanden werden.

Die Schule sollte mehr noch als bisher Lern- und Einübungsort bürgerschaftlichen Engagements werden.

Ebenso sind Kirchen, Vereine und Wohlfahrtsverbände aufgerufen, generationenübergreifende Freiwilligendienste in Ergänzung der bestehenden Strukturen aufzubauen.

Im Aufbau generationenübergreifender Freiwilligendienste sehen wir die Chance, den Mentalitätswandel von der Versorgungsmentalität zur Verantwortungsmentalität, vom versorgten Bürger zum aktiven Bürger auf den Weg zu bringen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ein zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgestimmtes Konzept zur Wehrpflicht und zum Zivildienst vorzulegen.

Träger und Verbände müssen endlich Planungssicherheit haben. Der vom Diakonischen Werk der EKD gemachte Vorschlag einer Kommission, die sich mit der Zukunft des Zivildienstes befasst, geht dabei in die richtige Richtung.